

Er Halle wöchentlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Abnahme 7,75 M., durch
Post 8,25 M., auswärts Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Postämtern angenommen.
Im nächsten Jahrgang wird die Zeitung
unter „Saale-Zeitung“ eingetragener
nach vorerlangter eingehender Genehmigung
wird kein Geschäft überlassen.
Herausgeber: mit Carl Langemann;
„Saale-Dr.“ gedruckt.

Verleger: Dr. Robertus Nr. 1100;
Postfach Nr. 176; Reichsgerichtshaus
(Markt 24) Nr. 2306.

Saale-Zeitung.

Winnbergischer Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren
Raum mit 20 Pfg. je Zeile aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Provinz
je Zeile, von unten Annoncenstellen
und allen Annoncen-Expeditoren an-
genommen. Kleinanzeigen die Seite 75 Pfg.

Erdringt wöchentlich dreimal;
Sonntags und Feiertags einmal,
sonst zweimal täglich.

Redaktion und Druck-Verwaltung:
Halle, Nr. 1100, Marktstraße 17;
Reichsgerichtshaus; Markt 24.

Nr. 335.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 20. Juli

1907.

Politische Wochenschau.

Die Erörterungen über die mancherlei Fragen, die im
Anschluß an die Münchener Peters-Affäre aufgetaucht
waren, dauerten auch in der letzten Woche noch fort.
Dieselbe Behauptung, er habe Bebel die Information
über den Zudenbrief gegeben, wurde von Bebel Lügen
gegenüber. Jeder Abend ist infolge seiner Münchener An-
sicht gegen das Disziplinargericht eine Verfolgung nicht
eingeleitet. Gegen Bebel ist eine Unterredung in der
Schwebe. In Sachen der ebliden Widersprüche zwischen
Kreuz und Frau Geheimrat Kayser bot sich Peters seinem
Freunde, Herrn Kreuz, als Stütze an. Seinen Er-
klärungen stehen die Tagebuchblätter des Geheimrat Kayser
und dessen Brief an Professor Baron diametral gegenüber.
Eugen Wolff legte in einem offenen Briefe seine Be-
ziehungen zu Hoffmann dar und stellte eine Reihe von
wesentlichen Unrichtigkeiten dar, die von der Petersseite in
die Welt bekannt worden waren. Eine sonderbare Be-
hauptung lieferte der Mitarbeiter der „Hufe“, Paul Kro-
bach, auf, indem er erklärte, daß der verordnete Kammer-
präsidenten-Denkmal eigens zu dem Zweck zum Vor-
sitzenden des Disziplinargerichtes ernannt worden sei, weil
Peters verurteilt werden sollte. Es ist durchaus notwendig,
daß die Regierung Klarheit über die Verfolgung oder
Nichtverfolgung solcher sich wiederholenden Angriffe schafft.
Die Petersseite rief fertig nach dem „Wintermann“ sowohl
Bebel, wie auch des Gouverneurs v. Hennigsen. Peters
stellte die Behauptung auf, daß Geheimrat Helmig dem
Herrn v. Hennigsen zu seinem Artikel in der „Köln. Zig.“
Informationen gegeben habe. Das sollte leistete indes die
„Post“, die nicht mehr und nicht weniger erklärte, als Peters
bei der Begehung seiner unmenslichen Grausamkeiten in
Wirtis nicht anders getan, als „am lebendigen Fleische der
Gerechtigkeit mitgewirkt“, und „im Sinne des Welt-
willens und des Weltgesetzes“ gehandelt. Ob das
Disziplinargericht, das gegen Peters ergeht, „im Sinne
des Weltgesetzes“ gehandelt hat, verriet die „Post“ nicht. Jeden-
falls ist es ein starkes Stück, wenn die Petersseite sich
unmäßig über die Kenntnis des Weltwillens und Welt-
gesetzes in Anspruch nimmt, und zweitens mit solcher an-
gebundenen Kenntnis die rohe Brutalität und die allen fitt-
lichen menschlichen Forderungen hohnsprechende Handlungs-
weise ihres „Helden“ entschuldigen will.

In Sachen der Geheimbundsaffäre gegen den
Führer gab es Erklärungen von beiden Seiten. Freiberger
v. Hertling hatte als vorsichtiger Mann beiseiten seine
Unterstützung der Indagegen zurückgegeben. Einen vorteil-
haften Eindruck machte sein Hin- und Herkommen gerade
nicht. Die Kulturblinde sind entschlossen, ihr Unternehmen
nicht im Stich zu lassen. Der Vatikan rühte mit der
Publikation der Protokolle über Schells Widerruf an die
Dienstreue. Die Gegenseite wartete mit der Zusage auf,
daß Schells Verhör erst fünf Jahre nach seinem Widerruf
stattfinden und daß in Minister rühte eine zweite Maß-
regelung, die des Professors Reus, unter ungläubigen Um-
ständen vor sich ging. Auch die Parallele zwischen Senefrey,
dem ein Denkmal bewilligt, und Schell, dem es verweigert
wurde, gab zu denken. Die Veröffentlichung eines neuen
Schlussatzes zeigt die Entschlossenheit des Vatikans, sich nicht
abwärts und abwärts lassen zu lassen. Daß unter solchen
Umständen keine selbständige katholische Wissenschaft sich
entwickeln kann und ihre Aufgabe auf den Ausbreitungsgebiet
nicht werden die katholischen Kreise des deutschen Katholizismus
nicht verkennen können. Von Seiten der Zentralverwaltung
wurde im „Neuen Wirtis“ gegen die „Neuer“ gehalten. In
Wirtisburg hat Professor Werke sein Dekanat der theo-
logischen Fakultät in Verbindung mit der Schellaffäre
niedergelegt. Aus dem Wirtisburger Ortskomitee zur Vor-
bereitung des diesjährigen Katholikentages sind drei Univer-
sitätsprofessoren, Dr. Jehn, Dr. Kieß und Dr. Werke,
ausgetreten.

Während der Kaiser auf der Rückkehr von seiner Nord-
landreise begriffen war, begab sich Fürst Bülow zu
kurzem Aufenthalte nach Berlin, wo die Minister der meisten
Ministerien Ferien gemacht haben. Dornberg begab sich
nach Diaritz, Lindquist übernahm wieder die Leitung
des südafrikanischen Soggebietes bis zur Ankunft
Eduardsmans. Die Bewegung Lehenbals und
Tittonis in Desio hat, wie offiziell mitgeteilt wurde,
das Einvernehmen Oesterreich-Ungarns und Italiens auf
der Grundlage des status quo hergestellt. Was zwischen
den beiden Staatsmännern verhandelt worden ist, blieb in
absolutes Dunkel gehüllt. Der Dreitbund war schon vor
der Konferenz durch Nichtbindung bis zum Jahre 1914
verlängert worden. In Frankreich fand am Tage der Be-
gegnung Tittonis mit Lehenbals die Garibaldi-
Denkmalsfeier statt, so daß also mit der österreichisch-
italienischen auch eine französisch-italienische Verbündungs-
sogge parallel ging. Große Festlichkeiten scheinen für den
Sommer in Gmunden geplant, wo außer dem Kaiser
Franz Josef auch der König von Sachsen und
das spanische Königspaar sich einzufinden gedenkt.
Die Ankündigung des Besuchs englischer Journalis-
ten bei dem polnischen Führer Herrn v. Rossjelski
erregte großes Aufsehen, zumal gerade jetzt, wo die offiziellen
Beziehungen zwischen England und Deutschland sich offen-
bar besser gestaltet haben. Es scheint notwendig, daß die
Vorbereitungen derartige Demonstrationen inhibiert. Große
Kaiserpaars in England im nächsten Herbst an-

gekündigt. Der Besuch soll einen offiziellen Charakter
tragen. Auf der Rückkehr von der Nordlandfahrt wird
Kaiser Wilhelm, wie es heißt, das vor Bergen in der
Rähe der dort manövrierenden deutschen Hochseeflotte ein-
getroffene englische Kreuzergeschwader inspizieren.
Für den Herbst soll auch eine Begegnung Kaiser Wilhelms
mit dem Zaren in Danzig bevorstehen.

Die zweite Haager Konferenz nahm die Ueber-
tragung der Genfer Konvention auf den Seekrieg an und
beschäftigte sich u. a. mit dem Verbot der Kaperei, Ein-
richtung von Schonungsfrist bei Kriegserklärungen und
Bestimmungen über die Belagerung offener Städte. Heute
wird England den Brüllungsantrag einbringen.
Damit beginnt die Konferenz in die Behandlung einer
äußerst kritischen Frage einzutreten, die dadurch noch
verwickelter geworden ist, daß sich zwischen den russischen Ver-
treter den Meinungsverschiedenheiten betraugestellt haben, die
nicht so einfach zu lösen sind. Wohlgerichte findet die
Konferenz infolge dieser Differenzen ein vorzeitiges Ende.

Die Fragestellung wegen der Wahl eines Sozialdemo-
kraten bei der Stichwahl erregt ein hochbedauerliches
Interesse. Einen wichtigen Punkt hat die Affäre insofern,
daß Herr Dr. Schellenberg selbst offenbar das Geheimnis
seiner Wahl nicht wohl behauptet zu haben scheint. In eine
Postarbeitsstelle eine Beamtenstelle, dann wäre Schellenberg
immerhin gewarnt gewesen durch die Worte, die Fürst
Bülow im Reichstage seinerzeit gebraucht, daß „ein
Beamteter, der für die Sozialdemokratie wirft, seinen Eid
bricht“, und daß das Reich „einen solchen Beamten nicht
dulden werde“. In eine Postarbeitsstelle keine Beamtenstelle,
so ist das Vorgehen der Postbehörde völlig unbegründet
und ungerechtfertigt. An und für sich unparitätisch ist die
Bestimmung der Postarbeitsstelle, die bei dieser Gelegenheit
ausgetreten ist. Ganz anderer Art ist jedenfalls die Maßregelung, die den
Regierungsrat Martin vom kaiserlich Statistischen Amte
betroffen hat. Seit allzu ungenügendem Verfahren über die
höchsten Reichsbeamten Glos zu machen, dürfte ihm ver-
hängnisvoll werden. Daß Herr Martin bereits durch sein
ausgesprochenes Schriftwerk über das russische Finanz-
wesen und durch seine phantastischen Jules Verne artigen
Romane über die Zulassung der internationalen Beziehungen
und über die Auslastung künftiger Kriege als Regierungs-
beamteter insonderbare Anschauungen zum Besten
gegeben hat, steht mit der Disziplinierung in keinem Zu-
sammenhang. Eine lebhafteste Debatte rief im Reichstage
Sachen die Ausrückung des Legationsrats v. Nothj über
die konservative Rednerregierung nach. Aufsehen
erregte ferner die Freisprechung im Falle der Fürstin
Wrede. Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt
man laufen, pflegt das Volk, dem juristische Formal-
erwägungen fremd sind, zu sagen. Der Staatsanwalt hat
überwiegend gegen das Urteil Revision angemeldet. Dem
Verbot der Benutzung des Hagener Krematoriums
reichte sich die Zulassung einer Ordensnieberlassung
in Bällen bei Passaford an. Demnach scheint im
Kulturministerium kein neuer Geist eingeblasen zu sein.
Die Veröffentlichung des Schwedegleichen Verfalls führte
zu zunehmenden Erklärungen der Reichsleiter der Berliner
Reichsanstalt.

In Frankreich gab es gelegentlich der Truppenchau in
Lonschamps ein Attentat. Der Alkoholiker Maille
ferierte aus weiter Entfernung ein paar Schritte in die Luft,
als Präsident Lullières vorüberfuhr. Immerhin führte das
Ereignis zu ausländischen Sympathieausdrückungen für
Frankreich. Die epale Entbarkeit des Ballons
„Batie“, die dem Pariser Publikum während der
Truppenchau vorgeführt wurde, wird die Einbringung einer
Vorlage in der Deputiertenkammer zur Folge haben, die sich
mit der Forderung von fünf beratigen leichten Ballons
beschäftigt. Dreyfus' Pensionierung erfolgte im An-
schluß an die Weigerung Picquarts, ihn zum Oberleutnant
zu befördern. Das Picquart antinomie sei, wurde
kurz darauf vom „Gaulois“ behauptet; eine Befähigung ist
indes ausgeblieben. Ein neues Moment in der marokkanischen
Frage bildete die Flucht Macleans aus der Gefangenschaft
Raissulis. Maclean fand Aufnahme beim unversehrlichen
Marabout. Wie die Raissuli-frage sich nun lösen wird, muß
man abwarten. In Dierenrecht fand Ungers Vorschlag,
eine 100 Millionen Franken-Stiftung zugunsten einer Alters-
und Invaliditätsversicherung der Arbeiter dem Kaiser Franz
Josef als Jubiläumsgabe darzubringen, begeisterte Zu-
stimmung. In Ungarn dauerten die Zerwürfnisse
mit den Kroaten fort. Eine Reihe Attentate gab es in
Konstantinopel, darunter eins gegen Grific, den natür-
lichen Sohn Erzherzog Milans von Serbien, und ein zweites
angeblich gegen die amerikanische Botschaft. In Rußland
beschäftigte man sich sowohl mit den Vorbereitungen zur
Zarenreise, wie auch mit der Anlage gegen die Verteidiger
von Port Arthur; Stöhl erzielte danach in sehr zweifel-
haftem Maße. Das Sibirienflotten auf beiden Seiten des
Stillen Ozeans hat sich von selbst wieder eingestellt.
Japan und die Vereinigten Staaten gedenken beide, in
Tibet und Frieden ihr Haus auszubauen, und haben damit
wohlgetan. F. W.

Deutsches Reich.

Der frühere Kultusminister Dr. v. Studt ist in Bonn
eingetroffen zur Teilnahme am 75. Stiftungsfest des Corps
„Goronia“, dessen „alter Herr“ er ist.

Kaiser Wilhelm Nordlandsfahrt.
Ein Telegramm aus Sibirien vom Donnerstag meldet:
Der Kaiser ist um 7 Uhr abends in der Ostsee
bei Wendenoff eine Partie nach dem Ostingeländer unter-
nehmen. Am Bord ist alles wohl. Die nächste Telegraphen-
station ist bis Freitag vormittag 3 Uhr Wirtis, dann Dorn-
berg.

Gegen die neue Versöhnungspolitik in Nordschleswig.

Die den Dänen gegenüber jetzt beobachtet wird, werden sich
gleichzeitig die „Saale-Post“ und „Saale-Zeitung“.
Die „Saale-Post“ veröffentlicht einen langen Bericht über
Wirtisfälle, die sich in der vorigen Woche bei dem Fest-
essen der Landvolkskammer für die Provinz Schleswig-
Hollstein in Hadersleben ereigneten.
Nach dem Festessen, so tellt das Blatt mit, ergriff der Ober-
präsident v. Bülow das Wort zu einer Ansprache, in der
er u. a. ausrief:

„Wir wollen hier in einer ganz besonderen Gegenwart,
unter einer Bevölkerung, die uns nach fremd gegenüber-
stellt, weil sie eine andere Sprache spricht. Dennoch dürfen wir es
nicht verpassen, daß es unsere Aufgabe ist und sein muß, in meinem
Amt wie in jedem anderen darüber nachdenkend; wir müssen sie be-
sonders am Herzen liegen. Kennen dieser Bevölkerung sprechen für
sich viele gute Eigenschaften zu haben, die sie für ein
ständiges Verhalten, bis wir sie eine andere Sprache reden
und noch nach dem nördlichen Sprachlande hinübergehen?
Ich lade: nein! Will man Vertrauen erweisen, so muß man
seiner zuerst Vertrauen zeigen. Dieser allgemein menschliche
Sog soll auch hier. Was wir hier, werden wir nicht euten.
Gegen das Willt wir wollen sich, nicht was uns schadet,
sondern was uns nützt. Gemeinlich sind uns auch in der vor-
dehlichen Himmel, die Lebensbedingungen, der wirtschaftliche
Betrieb. Wie sind wir ja auch gleicher Abstammung — ob
Einber oder Teutonen, ob Sids oder Nordgermanen,
eine gemeinlich sind uns das gleiche germanische Blut.
Schicksalhaft sind die Männer, blühend die Frauen. Alle
sind wir schließlich völkerverwandte Menschen. Gemeinlich ist uns
dabei der Grund. Um die Ueberwindung der großen
Landesgrenze. Die Ueberwindung müssen sollen. So wollen
wir denn den Bewohnern dieser Gegend aus weitem Herzen
ein Hoch darbringen, wie ich jetzt, wenn Schleswig-
Hollstein zum erstenmal. Wir wollen den Bewohnern den
Wiederkehr entkommen. Unter Reich ist ja mächtig genug.
— Unter Landsteute ohne Unterschied, sie leben
zu soll.“

Die Ansprache wurde außerordentlich kühl auf-
genommen. Nur ein Teil der Anwesenden stimmte in das
Hoch ein, während die meisten sitzen blieben und schwiegen.
Nachdem das mögliche und mochte Hoch verklungen war, wurde
eine besondere Befriedigung davon die erste Stroge des
altdänischen Kampfs und Krähelings, Schleswig-Hollstein,
merkmahlungen“ gehalten. Der Vorsitzende der Landvolks-
kammer Graf Hansou führte gegenüber dem Ober-
präsidenten aus, daß schleswig-hollsteinlich sein deutsches
Volk. (Wirtis, Wirtis). Das lag ganz selbstverständlich.
„Wir können“, so lagte Graf Hansou, auch verlangen, daß die
Denkmale, die den Schwab und die Wohlthäter der Landvolks-
kammer gedenken, auf nationaler Boden stehen.“ Deutlich
über und herüber wurden zwei andere Redner, ein
Landvolksrat aus dem Haderslebener Kreise und ein Vertreter der
Stadt Hadersleben, der die Rednerzeit brach und erklärte:
„Wir verlassen uns nur auf uns selber, denn auf die Re-
gierung können wir uns nicht verlassen.“
Diesen Bericht der „Saale-Post“ gibt die „Deutsche Tages-
zeitung“ mit großen Begegnungen wieder und empfiehlt die Kunde-
geheim der Reichsregierung die Verachtung des Haders-
Stilms und dem Beweisen, daß die Deutschen in Nordschleswig
sich nach der Zeit des Herrn v. Bülow zurückzulehnen. — Dies
Gedanken des Gmündens sind dem Fürsten Bülow wenig
Freude machen.

Die sächsische Nebenregierung.

Die Mitteilung, der König von Sachsen sei von der
Regierung des Reiches v. Bülow als Reichs-
regierung ungenügend berührt und habe von Reichsamt
Klarstellung verlangt, ist in ihrem ganzen Umfang falsch.

Der Geheimbund gegen den Indus.

Der sächsische Korrespondent der „Frankf. Zig.“ telegraphiert:
Der „Aktioner“ hat, der Sächsische entpdeckte dem Herzog des
Reichs, das er in den letzten Wirtisenden oft wiederholte:
„Jede Neuerung ist eine Gefahr. Die modernen
Katholiken müssen also zwischen Christus und Unter-
werfung wählen. Der Vatikan ist der Unterwerfung
sicher.“

Die Presse im Kriegsfalle.

In jüngerer Zeit ist mehrfach in den Zeitungen erörtert
worden, wie das Verhältnis der Presse im Kriegsfalle sich zu
halten habe, damit es vermeiden werde, daß die Zeitungen
durch selbständige Publikationen, die ihren Weg in die Ausland-
presse finden können, möglicherweise schädlich wirkten. Die ganze
Angelegenheit soll an den maßgebenden Stellen seit langem
reife erwogen und in bestimmter Form geklärt worden sein,
auch haben dabei für das Reich die in der militärischen
Verbindung zur Presse im Kriegsfalle bestimmte
Grundsätze festgelegt.

Schlusssätze.

— Nach Meldungen aus Elberfeld ist dort am Mittwoch
die erste Wahlkühle des Vereines für Gemeinwohl mit
100 Anhängern und drei Rednern eröffnet worden.

Freuenlage.

— Der Verband studierender Frauen Deutsch-
lands hält vom 6. bis 8. August d. J. in Belmar seinen
1. Verbandstag ab. Die Tagesordnung enthält u. a.: die
inneren Verhältnisse der Frauenvereine; Nachschlag an
andere deutsche Frauenvereine; Vorträge mit ausländischen
Studentinnenverbindungen; Festlichkeiten am Jubiläumstag in

